

Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft

Bessere Ausstattung gewünscht

Auf ihrer Mitgliederversammlung erörtert die AkdÄ aktuelle Probleme in der Arzneimittelversorgung. In diesem Jahr zählten der Anstieg beschleunigter Zulassungsverfahren sowie die Lieferengpässe dazu. Zudem würde sich die Kommission gerne häufiger an AMNOG-Verfahren beteiligen.

Eine maßgebliche Aufgabe der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) ist es, Stellungnahmen über den Zusatznutzen neuer Arzneimittel gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) zu verfassen. Der Vorsitzende der AkdÄ, Prof. Dr. med. Wolf-Dieter Ludwig, bedauerte, dass dies nicht so häufig möglich sei, wie es sich die Kommission wünsche. „2018 haben wir uns an 23 AMNOG-Verfahren beteiligt“, sagte Ludwig Anfang Dezember auf der Mitgliederversammlung

lerdings stehen dafür nur drei Wochen zur Verfügung.

Dr. med. Thomas Kaiser vom Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, das die neuen Arzneimittel im Auftrag des Gemeinsamen Bundesausschusses bewertet, betonte die Bedeutung der AkdÄ-Stellungnahmen im Rahmen des AMNOG-Verfahrens. „Meine Erfahrung ist, dass wir ein viel ausgewogeneres Bild zur ärztlichen Sichtweise haben, wenn neben den Fachgesellschaften auch die AkdÄ eine Stellungnahme abgege-

matisch ist, dass immer mehr Onkologika in beschleunigten Zulassungsverfahren auf den Markt kommen“, sagte er. „Denn zu diesen Arzneimitteln liegt dann aus den Zulassungsstudien keine ausreichende Evidenz für Wirksamkeit und Sicherheit vor.“ Ludwig forderte eine gesundheitspolitische Steuerung auf diesem Gebiet, damit die Industrie dazu beitrage, nach der Zulassung Erkenntnisse über diese Arzneimittel zu gewinnen.

Probleme in der Arzneimittelversorgung entstehen auch weiterhin aufgrund von Lieferengpässen. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Vermeidung solcher Engpässe getroffen hat, seien wichtig, betonte Ludwig. Dazu zählen unter anderem ein Jour fixe, an dem sich alle beteiligten Akteure über Maßnahmen zum Umgang mit beziehungsweise zur Vermeidung von Engpässen beraten, sowie die Verpflichtung der Hersteller, den Krankenhäusern bekannte Lieferengpässe zu melden. Das Ziel müsse es jedoch sein zu überlegen, wie man das Problem an der Wurzel packen und Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln ganz verhindern könne, so Ludwig.

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung wurde der Vorstand der AkdÄ im Amt bestätigt. Ludwig bleibt für weitere drei Jahre Vorsitzender der Arzneimittelkommission. Sein Stellvertreter bleibt der Allgemeinmediziner Prof. Dr. med. Wilhelm Niebling. Ebenfalls wiedergewählt wurden der Gastroenterologe Prof. Dr. med. Daniel Grandt, der Klinische Pharmakologe Prof. Dr. med. Bernd Mühlbauer und die Kinder- und Jugendlichenpsychiaterin Dr. med. Martina Pitzer.

Falk Osterloh



Wolf-Dieter Ludwig (links) und Wilhelm Niebling bleiben Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der AkdÄ.



Foto: privat

der AkdÄ in Berlin. „Mehr sind mit der personellen Situation der AkdÄ derzeit leider nicht möglich.“ Dabei seien in dieser Zeit wichtige Arzneimittel neu auf den Markt gekommen, zu denen sich die AkdÄ gerne im Stellungnahmeverfahren geäußert hätte.

Dem AMNOG zufolge wird auf der Basis von Herstellerdossiers der Zusatznutzen eines neuen Arzneimittels im Vergleich zur bisherigen Standardtherapie bewertet. Neben den Fachgesellschaften hat dabei auch die AkdÄ die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. Al-

ben hat“, sagte er. In vielen Verfahren stellten die Fachgesellschaften Einzelsachverständige, von denen jedoch viele bei den Studien zu dem Arzneimittel beteiligt gewesen seien. „Von diesen Sachverständigen kann man keine unabhängige Bewertung dieser Studien erwarten“, sagte Kaiser. Mitglieder der Arzneimittelkommission sprachen sich dafür aus, die AkdÄ so auszustatten, dass sie künftig mehr Stellungnahmen abgeben kann.

Ludwig nannte zudem weitere aktuelle Probleme im Bereich der Arzneimittelversorgung. „Proble-